



MAJOR THEO VON ZESKA

# Der großdeutsche Freiheitskrieg

Der Kampf gegen England und Frankreich im Jahre 1939

VERLAG E. S. MITTLER & SOHN · BERLIN

# Der Großdeutsche Freiheitskrieg

Der Kampf gegen England und Frankreich  
im Jahre 1939

Von

Theo von Zeska

Major im Oberkommando  
der Wehrmacht



Mit einer Übersichtskarte und 16 Bildern auf Tafeln

1940

---

Verlag von E. S. Mittler & Sohn / Berlin



Die Vorlagen für die in diesem Buch enthaltenen  
Aufnahmen stellten folgende Bildstellen zur Verfügung:  
Presse-Hoffmann, Berlin (Umschlagbild); Atlantik, Berlin  
(Tafel 1, 2, 8 bis 10, 12 bis 15); Photo-Scherl, Berlin (Tafel  
4, 6, 16); Presse-Bild-Zentrale, Berlin (Tafel 5, 7, 11);  
Weltbild, Berlin (Tafel 3)

Alle Rechte  
aus dem Gesetz vom 19. Juni 1909  
sowie das Übersetzungsrecht  
vorbehalten

Ernst Siegfried Mittler & Sohn, Buchdruckerei, Berlin  
Printed in Germany

## Vorwort

„Die britischen Kriegshetzer wollen nicht, daß das deutsche Volk lebt . . . Die Britische Regierung hat sich aber in einem getäuscht: Das Deutschland des Jahres 1939 ist nicht mehr das Deutschland von 1914 . . . Heute sind im Deutschen Reich 90 Millionen Menschen vereint. Sie sind entschlossen, sich von England nicht abwürgen zu lassen.“ Mit diesen Worten wandte sich der Führer am 3. September 1939 nach der englischen und französischen Kriegserklärung in einem Aufruf an das deutsche Volk, bevor er sich an die Front zu den Soldaten seiner Wehrmacht begab.

Front und Heimat haben seitdem der Welt bewiesen, daß die nationalsozialistische Volksgemeinschaft eine auf Leben und Tod verschworene Einheit ist, unlösbar verbunden in dem Willen, den um das Reich gelegten englischen Einkreisungsring zu sprengen und die Freiheit der Nation zu erkämpfen.

Stets einsatzbereit hat der deutsche Soldat den englischen und französischen Gegner angepackt und geschlagen, wo immer er ihm zu Lande, zur See und in der Luft entgegentrat. Durch beispielhafte Heldentaten bewies er immer aufs neue seine große militärische Überlegenheit über den Gegner.

Die erste Phase dieses großdeutschen Freiheitskrieges fand ihren Abschluß mit Ablauf des Jahres 1939. Über ihren für das Reich sieghaften Verlauf berichtet dieses Buch.

Frühjahr 1940.

Der Verfasser.



## Inhalt

Die Kriegserklärung der Westmächte an Deutschland . . . . .	1
Kriegskabinette in England und Frankreich . . . . .	7
Die Kriegsergebnisse im September 1939 . . . . .	10
Der Kampf gegen England im Oktober 1939 . . . . .	15
Die Kämpfe an der Westfront im Oktober 1939 . . . . .	24
Der Kampf gegen die Westmächte im November 1939 . . . . .	28
Die Kampfhandlungen an der Westfront und gegen England im Dezember 1939 . . . . .	52
Deutschlands Kampf gegen das Versailler Diktat im Jahre 1939 . . . . .	73
Anhang (Dokumente) . . . . .	79



## Die Kriegserklärung der Westmächte an Deutschland

England befindet sich seit dem 3. September 1939 vormittags 11 Uhr, Frankreich seit dem gleichen Tage nachmittags 17 Uhr im Kriegszustand mit Deutschland. Die Regierungen beider Länder gaben damals öffentlich bekannt, daß sie auf Grund der in Berlin gestellten und dort abgelehnten Ultimaten den Kriegszustand als gegeben ansahen.

Auf das von der Britischen Regierung gestellte befristete Ultimatum an die Reichsregierung, in dem die Zurückziehung der auf polnisches Gebiet eingedrungenen deutschen Truppen in ihre Ausgangsstellungen gefordert wurde, wurde dem britischen Botschafter in Berlin folgendes Memorandum übermittelt:

„Die Deutsche Reichsregierung hat das Ultimatum der Britischen Regierung vom 3. September 1939 erhalten. Sie beehrt sich, darauf folgendes zu erwidern:

1. Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk lehnen es ab, von der Britischen Regierung ultimative Forderungen entgegenzunehmen, anzunehmen oder gar zu erfüllen.
2. Seit vielen Monaten herrscht an unserer Ostgrenze der tatsächliche Zustand des Krieges. Nachdem der Versailler Vertrag Deutschland erst zerrissen hat, wurde allen deutschen Regierungen seitdem jede friedliche Regelung verweigert. Auch die nationalsozialistische Regierung hat nach dem Jahre 1933 immer wieder versucht, auf dem Wege friedlicher Aushandlungen die schlimmsten Vergewaltigungen und Rechtsbrüche dieses Vertrages zu beseitigen.

Es ist mit in erster Linie die Britische Regierung gewesen, die durch ihr intransigentes Verhalten jede praktische Revision ver-



eitelte. Ohne das Dazwischentreten der Britischen Regierung wäre — dessen sind sich die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk bewußt — zwischen Deutschland und Polen sicher eine vernünftige und beiden Seiten gerecht werdende Lösung gefunden worden.

Denn Deutschland hatte nicht die Absicht oder die Forderung gestellt, Polen zu vernichten. Das Reich forderte nur die Revision jener Artikel des Versailler Vertrages, die von einsichtsvollen Staatsmännern aller Völker schon zur Zeit der Abfassung dieses Diktates als für eine große Nation sowohl als für die gesamten politischen und wirtschaftlichen Interessen Osteuropas auf die Dauer als untragbar und damit unmöglich bezeichnet worden waren.

Auch britische Staatsmänner erklärten gerade die damals Deutschland aufgezwungene Lösung im Osten als den Keim späterer Kriege. Diese Gefahr zu beseitigen, war der Wunsch aller deutschen Reichsregierungen und besonders die Absicht der neuen nationalsozialistischen Volksregierung. Diese friedliche Revision verhindert zu haben, ist die Schuld der britischen Kabinettpolitik.

3. Die Britische Regierung hat — ein einmaliger Vorgang in der Geschichte — dem polnischen Staat eine Generalvollmacht erteilt für alle Handlungen gegen Deutschland, die dieser Staat etwa vorzunehmen beabsichtigen würde. Die Britische Regierung sicherte der polnischen Regierung unter allen Umständen für den Fall, daß sich Deutschland gegen irgendeine Provokation oder einen Angriff zur Wehr setzen würde, ihre militärische Unterstützung zu.

Daraufhin hat der polnische Terror gegen die in den einst von Deutschland weggerissenen Gebieten lebenden Deutschen sofort unerträgliche Formen angenommen.

Die Freie Stadt Danzig wurde gegen alle gesetzlichen Bestimmungen rechtswidrig behandelt, erst wirtschaftlich und zollpolitisch mit der Vernichtung bedroht und endlich militärisch zerniert und verkehrstechnisch abgedrosselt. Alle diese der Britischen Regierung genau bekannten Verstöße gegen das Gesetz

des Danziger Statuts wurden gebilligt und durch die ausgestellte Blankovollmacht an Polen gedeckt.

Die Deutsche Regierung hat, ergriffen von dem Leid der von Polen gequälten und unmenschlich mißhandelten deutschen Bevölkerung, dennoch fünf Monate lang geduldig zugesehen, ohne auch nur einmal gegen Polen eine ähnlich aggressive Handlung zu betätigen.

Sie hat nur Polen gewarnt, daß diese Vorgänge auf die Dauer unerträglich sein würden, und daß sie entschlossen sei, für den Fall, daß dieser Bevölkerung sonst keine Hilfe würde, zur Selbsthilfe zu schreiten.

Alle diese Vorgänge waren der Britischen Regierung auf das genaueste bekannt. Es wäre ihr ein leichtes gewesen, ihren großen Einfluß in Warschau aufzubieten, um die dortigen Machthaber zu ermahnen, Gerechtigkeit und Menschlichkeit walten zu lassen und die bestehenden Verpflichtungen einzuhalten.

Die Britische Regierung hat dies nicht getan. Sie hat im Gegenteil unter steter Betonung ihrer Pflicht, Polen unter allen Umständen beizustehen, die Polnische Regierung geradezu ermuntert, in ihrem verbrecherischen, den Frieden Europas gefährdenden Verhalten fortzufahren.

Die Britische Regierung hat aus diesem Geiste heraus den den Frieden Europas immer noch retten könnenden Vorschlag Mussolinis zurückgewiesen, obwohl die Deutsche Reichsregierung ihre Bereitschaft erklärt hatte, darauf einzugehen. Die Britische Regierung trägt daher die Verantwortung für all das Unglück und das Leid, das jetzt über viele Völker gekommen ist und kommen wird.

4. Nachdem alle Versuche, eine friedliche Lösung zu finden und abzuschließen, durch die Intransigenz der von England gedeckten polnischen Regierung unmöglich gemacht worden waren, nachdem die schon seit Monaten bestehenden bürgerkriegsähnlichen Zustände an der Ostgrenze des Reiches, ohne daß die Britische Regierung etwas dagegen einzuwenden hätte, sich allmählich zu offenen Angriffen auf das Reichsgebiet verstärkten, hat sich die Deutsche Reichsregierung entschlossen, dieser



fortdauernden und für eine Großmacht unerträglichen Bedrohung des erst äußeren und dann endlich auch inneren Friedens des deutschen Volkes ein Ende zu bereiten mit jenen Mitteln, die, nachdem die Regierungen der Demokratien alle anderen Revisionsmöglichkeiten praktisch sabotiert hatten, allein noch übrigbleiben, um die Ruhe, die Sicherheit und die Ehre des Deutschen Reiches zu verteidigen.

Sie hat auf die letzten, das Reichsgebiet bedrohenden Angriffe der Polen mit gleichen Maßnahmen geantwortet. Die Deutsche Reichsregierung ist nicht gewillt, infolge irgendwelcher britischen Absichten oder Verpflichtungen im Osten des Reiches Zustände zu dulden, die jenen gleichen, wie wir sie in dem unter britischem Protektorat stehenden Palästina vorfinden. Das deutsche Volk aber ist vor allem nicht gewillt, sich von Polen mißhandeln zu lassen.

5. Die Deutsche Reichsregierung lehnt daher die Versuche, durch eine ultimative Forderung Deutschland zu zwingen, seine zum Schutz des Reiches angetretene Wehrmacht wieder zurückzurufen und damit die alte Unruhe und das alte Unrecht erneut hinzunehmen, ab. Die Drohung, Deutschland ansonsten im Kriege zu bekämpfen, entspricht der seit Jahren proklamierten Absicht zahlreicher britischer Politiker.

Die Deutsche Reichsregierung und das deutsche Volk haben dem englischen Volk unzählige Male versichert, wie sehr sie eine Verständigung, ja, eine engste Freundschaft mit ihm wünschen. Wenn die Britische Regierung diese Angebote bisher immer ablehnte und nunmehr mit einer offenen Kriegsdrohung beantwortet, ist dies nicht Schuld des deutschen Volkes und seiner Regierung, sondern ausschließlich Schuld des britischen Kabinetts bzw. jener Männer, die seit Jahren die Vernichtung und Ausrottung des deutschen Volkes predigen.

Das deutsche Volk und seine Regierung haben nicht wie Großbritannien die Absicht, die Welt zu beherrschen, aber sie sind entschlossen, ihre eigene Freiheit, ihre Unabhängigkeit und vor allem ihr Leben zu verteidigen.

Die im Auftrag der Britischen Regierung von Herrn King

Hall uns mitgeteilte Absicht, das deutsche Volk noch mehr zu vernichten als durch den Versailler Vertrag, nehmen wir zur Kenntnis und werden daher jede Angriffshandlung Englands mit den gleichen Waffen und in der gleichen Form beantworten.

Berlin, den 3. September 1939.

Am gleichen Tage erließ der Führer einen Aufruf an das deutsche Volk und die NSDAP. (s. Anhang) sowie an die Truppen der Westarmee (s. Anhang).

Die Verantwortung für den mit voller Absicht entfesselten Krieg gegen das durch Adolf Hitler neuerstandene Großdeutsche Reich trägt ausschließlich England. Das ergibt sich nicht nur aus den Dokumenten, Reden und Erklärungen der vorhergegangenen Monate über die Einkreisungspolitik gegen Deutschland, sondern insbesondere aus der Tatsache, daß die englische Regierung in der Nacht vom 2. zum 3. September den italienischen Vermittlungsvorschlag in dem deutsch-polnischen Konflikt, der bereits von Deutschland und Frankreich angenommen war, ohne stichhaltige Begründung ablehnte. Die Kriegshetzer in London hatten gesiegt. Noch während die französische diplomatische Aktion in Berlin lief, erklärte Chamberlain, indem er das wahre Ziel der englischen Kriegshetzer aufdeckte, im Unterhaus: „Ich hoffe, auch bis zu dem Tage zu leben, an dem Hitler vernichtet ist!“

Ministerpräsident Daladier hielt noch am Nachmittag des 2. September in der französischen Kammer eine Rede, welche die Kriegshetzer in London sehr beunruhigen mußte. Trotz stärkster Schimpfworte gegen Deutschland hatte Daladier von der Möglichkeit gesprochen, den Frieden noch in letzter Minute zu retten. Diese Bemerkung bezog sich zweifellos auf den Vermittlungsvorschlag des italienischen Regierungschefs Mussolini; denn die Havas-Agentur hatte am gleichen Tage die Mitteilung veröffentlicht: „Die französische Regierung ist ebenso wie mehrere andere Regierungen mit einem italienischen Vorschlag zur Regelung der europäischen Schwierigkeiten befaßt worden. Nach Beratung über diesen Vorschlag hat die französische Re-